

Neue Anlässe für Politikverdrossenheit

Grüne: „Weg von den Imperativen“ und „Dialog erwünscht“, FR-Politik vom 19. Juli und FR-Meinung vom 22. Juli

Man muss den Menschen reinen Wein einschenken

Herr Decker weist auf einen Tatbestand hin, der allgemein nicht wahrgenommen wird: Es sind nicht die Grünen, die bevormunden, es sind die Umstände, die gewisse Maßnahmen erfordern. Weiter weist er darauf hin, dass Parteien heute versuchen, das zu tun, von dem sie glauben, dass dies der Bürger wünscht. Er nennt auch die ungeschminkte Wahrheit: Der Globus steht am Abgrund.

Was er nicht sagt: Der Bürger ist schizophren. Er will gleichzeitig Dinge, die sich konträr gegenüberstehen. Er will das Klima retten und eine prosperierende Wirtschaft ohne Verkehrs- oder andere Einschränkungen. Dinge die positiv für das Klima sind aber die Wirtschaft behindern werden verteuftelt. Das Wort „Verzicht“ darf nicht vorkommen. Dieses Wort aber wie auch Begriffe wie „Bevormundung“ gepaart mit „Zwang“ werden den Grünen vorgeworfen. Der Bürger begreift nicht, dass sein Wunsch das Klima zu retten nur durch Umstellung der Wirtschaft zu erreichen ist. Die Wirtschaft ist der Grund, dass das Klima verrückt spielt.

Den Grünen würde es gut tun, zu einer der Realität geschuldeten Linie zurückzukehren. Es kommt darauf an, endlich reinen Wein einzuschwenken und „So zu tun als ob“ als nicht zielführend darzustellen. Bis vor kurzem war der Spruch „Wir müssen das 1,5 Grad Ziel einhalten“ beinahe tägliche Pflicht. Dass dieser Spruch nun nicht mehr geht, weil er sich erledigt hat, ist klar. Bemerkenswert, wie sang- und klanglos er verschwand.

Was bleibt? Wir wollen das Klima retten! Und tun weiter das Gegenteil. Beispiel: Airbus und Boeing wollen in den nächsten 20 Jahren die Luftflotten verdoppeln, tausende neue Flieger, die das CO₂-Paket dann auch verdoppeln. Weiß man denn nicht, dass Mallorca dann im Sommer zu heiß wird? Andere Flugziele auch? Wo soll die Reise dann hingehen? Schon jetzt ist der Mittelmeerraum im Sommer zu heiß. Er wird als Urlaubsregion ausfallen. Über 40 Grad wird eben nicht mehr als angenehm empfunden.

Die Regierenden haben einen Eid geleistet, dass sie Unheil vom Volk fernhalten wollen. Dazu gehört, dass das jetzige Wirtschaften Klima und Umwelt zerstört und weiter zerstören wird. Man muss den Bürgern endlich reinen Wein einschenken und nicht die verteufteln, die wenigstens versuchen, etwas zu tun. Eins ist gewiss: Die Katastrophen warten nicht.

Jürgen H. Winter, Schöneck

Gunstbeweis für die Autoindustrie

Für die zunehmende Politikverdrossenheit der Bevölkerung gibt es immer wieder neue Beispiele:

Da gesunde Lebensmittel oft mehr kosten als rasch sättigende, aber nährstoffarme Produkte, hatte Gesundheitsminister Cem Özdemir (Grüne) einen Vorschlag erarbeitet, um für Bezieher von Bürgergeld und Grundversicherung im Alter eine Ernährungsarmut zu verhindern. Dazu sollen gesunde Lebensmittel im Korb des Bezugsgeldes nach den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung bestimmt und berechnet werden.

Mehrere Gespräche darüber mit der Fachabteilung des Sozialministers Heil (SPD) verliefen ergebnislos. Der Vorschlag wurde dort rundweg abgelehnt.

Als ob das noch nicht genügt: Gerade soll eine wohl gar nicht ins Parlament gelangende Verordnung geändert werden. Dort wird die Höchstgrenze des Verkaufspreises von Kfz, für die das Dienstwagenprivileg in Anspruch genommen werden kann, beträchtlich erhöht (wohl von 65 000 auf 85 000 Euro) – ein Gunstbeweis für die Autoindustrie, die an diesen Riesenautos am besten verdient, doch ein weiterer Stein auf dem Weg zum Klimawandel.

Der Bürger fragt sich aufgrund solcher Informationen, ob wir nicht doch schon dem Wirtschaftskapital vollends hörig geworden sind.

Hans-Jürgen Gratz, Friedrichsdorf

Dialog braucht immer Resonanz

Jede Partei – und selbstverständlich auch die Grünen – ist klar in den umweltpolitischen Zielen, die allgemeinen Zuspruch in der Bevölkerung finden, nur darf dies nicht dazu führen, einen individuellen Beitrag zu leisten. Das Auto ist ein Inbegriff der absoluten Freiheit des einzelnen geworden. Verantwortung übernehmen, das gilt für den Staat – als Akteur stellvertretend für alle zu handeln. ÖPNV – für ein billig Ticket von 49 Euro allein das Auto bleibt in der Garage und wird nicht abgemeldet, dank der Parkplatz-Probleme.

Dialog braucht Resonanz. Ablehnung ist nicht immer die beste Lösung. Stillstand ist kein Fortschritt, sagt die Ampel.

Thomas Bartsch Hauschild Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240731

Die Ampel bleibt untätig

Zu „Immer noch kein Klimageld“, FR-Klima vom 29. Juli

Welch eine Blamage für die Ampelkoalition! Es wurde im Koalitionsvertrag 2021 fest vereinbart, dass als Ausgleich für die gestiegenen CO₂-Abgaben, insbesondere aus sozialen Gründen, ein „Klimageld“ gezahlt wird. Was ist bisher passiert? Nichts. Der offensichtlich untätige Finanzminister Christian Lindner verweist auf das Jahr 2027. Ein Zeitpunkt bei dem er vermutlich nicht mehr im Amt sein wird. Warum gelingt die Auszahlung/Verrechnung in anderen Ländern? Wer so untätig ist, braucht sich über die erkennbare Abstrafung bei den bevorstehenden Landtagswahlen nicht zu wundern. Dieter Obst, Wiesbaden

Wo Trump gewählt wird

Harris gegen Trump: „Diese Konstellation ist beispieldlos“, FR-Fuilleton, 24.7.

In einem Punkt möchte ich widersprechen, und dieser Punkt ist m.E. kardinal. Auf die Frage, warum die US-Gesellschaft so zerrissen ist, wird auf Globalisierung, ökonomischen Niedergang und Angst vor dem Hegemonieverlust verwiesen. Bestimmt nicht falsch. Im März war Howard Carpendale bei Maischberger und berichtete, er habe sich längere Zeit in den USA aufgehalten. Der Mittlere Westen werde als „Fly-over-Zone“ bezeichnet. Wie geht es jemanden, der in der „Fly-over-Zone“ lebt? Fühlt er sich erniedrigt, abgehängt, von den Ost- und Westküsten-Eliten missachtet, vergessen? Wen wählt so jemand? Wir haben zwar keine „Fly-over-Zone“, wir haben „Dunkeldeutschland“. Diese Selbstwert- bzw. Erniedrigungsproblematik bekommt man mit ökonomischer Begrifflichkeit nicht erfasst. In den Debatten ist ein bedauerlicher Mangel an psychologischen Kenntnissen festzustellen, möglicherweise ein Grund dafür, dass so viele Debatten ins Leere laufen, was nicht ohne Gefahrenpotenzial ist. Rüdiger Erdmann, Pattensen

Das Hoffen auf einen Gottgesandten

„Er ist ein Mann Gottes“, sagt ein Delegierter auf dem Parteitag der Republikaner zu Trump und ist mit dieser Vorstellung vermutlich nicht allein. Je weniger die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und je ohnmächtiger sie sich in einer komplexen Welt fühlen, desto mehr projizieren sie ihre Sehnsüchte auf einen „Gottgesandten“, der sie von allen Übeln erlösen wird, wusste schon Adorno („Die Dialektik der Aufklärung“). Adolf Hitler bemühte die „Vorsehung“, die ihn beim Bombententat im Bürgerbräukeller und am 20. Juli 1944 mit dem Leben davonkommen ließ. Wie sich die Metaphern doch gleichen. Kann das Zufall sein? Hans Schinke, Offenbach

Diskussion: frblog.de/trump-attentat

Nur Volljährige sollten rekrutiert werden

Zu: „Tausende Minderjährige gehen zur Bundeswehr“, FR-Politik vom 26. Juli

Werbung der Bundeswehr wird kaum thematisiert

In der Berichterstattung über die steigende Zahl minderjähriger Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr – über 20 000 seit der sogenannten Aussetzung der Wehrpflicht 2011 – wird die einseitige, verführerische Bundeswehrwerbung leider sehr selten erwähnt. Sie stellt das Militär als attraktiven und „normalen“ Arbeitgeber dar, hebt den Abenteuer- und Spaßcharakter des Soldatendienstes durch große Versprechungen und „schöne“ Bilder hervor, verschweigt Gefahren (Angst-, Belastungsstörungen, Depressionen) und blendet die entscheidenden Themen Tod und Töten aus. Auch für diese Werbung wird Deutschland vom UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes seit Jahren massiv gerügt, zuletzt im September 2022.

Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch die Weitergabe von Daten Minderjähriger an die Bundeswehr durch

die Einwohnermeldeämter. Diese Daten werden zur Bundeswehr-Werbung genutzt. Jeder Jugendliche erhält nach seinem 17. Geburtstag unaufgefordert die „Info-Post“ der Bundeswehr. Hier bedarf es dringend einer Änderung des Soldatengesetzes und des Bundesmeldegesetzes!

Wie in vielen Staaten weltweit gängige Praxis, muss endlich auch Deutschland den 18-Jahre-Standard bei der Rekrutierung einhalten und die gezielt an Jugendliche gerichtete Werbung für die Bundeswehr beenden. Es ist zu hoffen, dass die im Koalitionsvertrag vorhandene Aussage „Ausbildung und Dienst an der Waffe bleiben volljährigen Soldatinnen und Soldaten vorbehalten“ nun endlich umgesetzt und damit wirksam wird!

Armin Lauven, Bonn

Schaut Euch den Film „Die Brücke“ an

In der letzten Phase des „Dritten Reiches“ wurden Minderjährige in großem Stil eingezogen. Angeblich sollte damit das Reich

gerettet werden, was bekanntlich gescheitert ist. Sind wir jetzt wieder so weit, dass Minderjährige in der Armee „kriegstüchtig“ werden sollen? Ich finde, das ist ein Skandal, nur wenig kleiner als die Beratung für den Kriegsdienst in Schulen. Da wird die Begeisterung junger Menschen für tolle Technik, klare Ordnung und Kameradschaft m.E. in verantwortungsloser Art missbraucht.

Ich halte es für sinnvoll, dass jeder Minderjährige vor seiner Unterschrift für den Kriegsdienst sich den Film „Die Brücke“ von Bernhard Wicki anschauen soll (vielfach ausgezeichnet). Da wird deutlich, dass der reale Krieg anders abläuft als das Leben in den Prospekten der Bundeswehr, eben nicht mit blitzenden Waffen, klarer technischer Präzision sondern im Dreck mit viel Blut und Schmerz und Tränen. Und auch nicht wie in Ballerspielen. Im Krieg wird echt gestorben, ob im Schützengraben oder im Leitstand von Panzern.

Rudolf Stein, Wiesbaden

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert spricht über das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen mit dem sächsischen DGB-Vorsitzenden Markus Schlimbach.
Montag, 9. September, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Architekten D.W. Dreyse über 100 Jahre Neues Frankfurt. Mit historischen Fotografien.
Dienstag, 10. September, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Stephan Hebel moderiert die Präsentation des Buches „Umverteilung des Reichtums“ von Christoph Butterwege. Außer dem Autor diskutieren die hessische Sozialministerin Heike Hofmann, der ehemalige SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans und der Eliteforscher Michael Hartmann.
Eintritt frei, Livestream: youtube.com/hausamdom.
Montag, 23. September, 19 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt